

werden die Spaltenzahl... 20 Sp. berechnet...

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Fernsprechamt: Markt 24.

Saale-Beitung

Dreizehnter Jahrgang.

Nr. 471.

Halle a. d. Saale, Montag, den 8. Oktober

1906.

Die Grenzsperr.

Auch in agrarischen Kreisen reißt nachgerade die Erkenntnis... dass die Fleischpreise kaum noch erschwinglich sind...

Über trotz der Erkenntnis, dass eine schmerzliche wirtschaftliche Kalamität vorliegt, widersteht man sich nach wie vor der Forderung, das schleunige Abhilfe durch Öffnung der Grenze geschaffen wird...

Die Grenzsperr, wie sie heute geübt wird, geht viel zu weit und ist durchaus willkürlich, wie sich aus einer Uebersicht über die bestehenden Vorschriften ohne weiteres ergibt...

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser ist Samstag um 5 Uhr 20 Min. in Coblenz eingetroffen und am Abend von der Kaiserin empfangen worden.

Der kaiserliche Volkshof in Petersburg v. Schonen ist am Sonntag in Bonn an den 5. d. eingetroffen und dem Reichskanzler empfangen worden.

Der Direktor der Landesversicherungsanstalt für die Hansestädte und frühere Reichsstaatsabgeordnete Geh. Rat ist im Alter von 63 Jahren gestorben.

Die Reise des Großherzogs von Hessen.

Die „Dorin. Bg.“ will aus zuverlässiger Darmstädter Quelle erfahren haben: Die Berichte über einen Integritätsausweis des Großherzogs in München, angeblich als Gesundheitszeugnis, sind falsch.

Minister des Innern von Sachsen-Altenburg.

Dr. Stöhr. Der Geh. Staatsrat Dr. Stöhr, der Leiter des Ministeriums des Innern, ist in der Nacht zum Sonntag am Gehirnschlag gestorben.

Bobbielski.

Geschworene wird dem „W. G.“ zufolge gemeldet, der Landwirt in Köln ist für den Bobbielski habe neuerdings seine Entlassung eingeklagt. Der Minister begründete dieses Gesuch mit der Härtnähe der Strafe...

Die braunschweigische Frage.

Neuerdings wird berichtet, der Kaiser sei, als er vernahm, daß der Versuch von Cumberland aus dem Jubiläumsschlachten nach Karlsruhe zu kommen, zunächst ganz unverbodener über seine Verweigerung erst als sich diese Werbung bei der Ankunft im Schloß als unzulässig erwies, habe sich die Stimmung des Kaisers wieder gebessert.

Dem Reichspräsidenten des braunschweigischen Landtags ging aus weislichen Abgeordnetenkreisen ein Antrag aus, den Reichspräsident zu Erlaubnis zu eruchen, mit dem Herzog von Cumberland aufzuwarten.

Zum Zusammenbruch der Liberalen.

Im Programm zum Sachsen-Wahljahr ist für die Landtagswahlen ein Partei zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen zusammenkommen. Zur erstreckt sich das erste aufstrebende nicht auf die Stadt Göttingen, wo jede der Parteien ihren eigenen Kandidaten aufstellt.

Der Kartellabschluss im Königreich Sachsen.

In der Generalversammlung des konföderativen Bundesrats im Königreich Sachsen empfahl der Vizepräsident der zweiten Ständekammer und Führer der Konföderation, Geh. Hofrat Dr. H., gegen die Sozialdemokratie ausbricht, nicht die Zusammenkunft der Parteien, sondern die Kartelle...

Bismarcks Ehrer.

In den „W. N.“ wird zu dem Hoheloheschen Deutschland die Rede gehalten: Die Art, wie Bismarck den Kaiser behandelt, hat der Enklasse selbst mit dem prächtigen Worte bezeichnet: „Es wäre im Hinblick der letzte Bedenke meines hochverehrten Herrn geworden, aber ich habe nicht gelernt, mich zu lächern.“

daß der große Mann nicht mehr zu fürchten ist, ist jetzt vorzuziehen. Und welche herrliche Fronte liegt in dem Jubel: „Es ist auch hier wieder wahr, daß nur die Sanftmütigen das Geduld besitzen.“

Der Kampf um das a. D.

Oberst a. D. Gabe hat vor dem II. Senat des Kammergerichts wieder einmal einen erbitterten Kampf um das a. D. geführt. Er hat bis jetzt für sich das Recht in Anspruch genommen, sich Oberst a. D. zu nennen, trotzdem ihm letzteres durch eine Kabinettsorder sein militärisches Ziel aberkannt worden war.

Es handelt sich um die interessante Frage, ob eine bezahlte Zustellung nach dem 27. Jahren möglich ist, oder ob dann letztere erst nach dem 27. Jahren möglich ist, oder ob dann Oberst a. D. eine „höherer Rang“ nennt, wenn unbenutzter Führung dieses Titels bestraft werden kann.

Das „Verl. Tagebl.“ fähigt bittere Bemerkungen darüber, daß sich der Weltkrieg im Frühjahr 1874 durch die Erklärung des Reichers der Militärbehörde, daß die Gleichstellung zum Tragen der Uniform und zum Führen des Diensttitels nicht die allergeringste Beziehung zu politischen Dingen trage, habe künden lassen.

Seine Definition der Grenzen für Schlachtvieh.

In einer „Daily Telegraph“-Mitteilung, daß der niederländische Gesandte in Wien von seiner Regierung die Stellung erhalten haben soll, von der deutsch-preussischen Regierung die Definition der Grenzen für die Einfuhr schlagfähigen Viehs zu erlangen, ersucht die „D. Tagesztg.“, daß „in Stellen, die etwas davon wissen müßten, nicht bekannt“ sei.

Evangelischer Bund.

Die außerordentlich reichliche Besuche 19. Generalversammlung des Evangelischen Bundes wurde gestern Abend in der von Kaufleuten gestifteten Festsalle in G. a. u. mit einer Begrüßung durch die kaiserlichen, sächsischen und hessischen Behörden eröffnet. Nach einer Ansprache des Reichspräsidenten, die in ein auf den Kaiser ausgebrachte, krauses Hoch ausklang, überbrachte Konföderationspräsident D. W. die Grüße und Segenswünsche des Evangelischen Oberkirchenrats, sowie die Provinzialkonferenzen.

Bund deutscher Frauenvereine.

Marie Stitt wurde in Nürnberg zur Vorsitzenden des Bundes deutscher Frauenvereine wieder gewählt.

Religion und Konfession.

Der Privatdozent Lic. L. in Jena hat seine Bedenken gegen die Übernahme des Pfarramts an der Martinskirche in Bremen fallen lassen und die Stelle des verstorbenen Pastors K. K. angenommen.

Verwaltungs- und Rechtsfälle.

Vandgerichtsrat W. Schumann in Magdeburg ist zum Landeshauptdirektor ernannt, der Wandberger Rechtsanwältin und Pastorin M. K. K. ist zum Dr. Schulz in der Charakter als Justizrat verliehen worden.

Kolonialen.

Das in dem Strafverfahren gegen G. u. G. von Seiten des Abg. Erberger sowie der angelegten Kolonialen beantragte Verleumdung über den Unterstaatssekretär wegen angeblicher Mitteilung von Unterstaatssekretär an die Kolonialverwaltung erhoben worden ist, wird der „Frankf. Bg.“ nicht in einem Sonderverfahren, sondern in dem Hauptverfahren angeklagt wegen der Unterstaatssekretär, Landesgerichtsrat Schmidt ein Ablehnungsgesuch einreicht haben. Es handelt





